

Wie der „Islamische Staat“ unser Staatsdenken in Frage stellt

Gastautor

2015-02-10T10:57:35

von [RALPH JANIK](#)



Die

militärischen Erfolge des „Islamischen Staats“ (ISIS/IS) veranlassen uns einmal mehr, das traditionelle Denken über Staatlichkeit im (völker-)rechtlichen Sinne kritisch zu beleuchten. Wenn derartige Gebilde nicht als Staat gelten sollen, braucht es dafür mehr als Staatsgebiet, Staatsgewalt und Staatsvolk.

Vor mittlerweile über einem halben Jahr erklärte der „Islamische Staat“ (ISIS/IS) die [„Wiederherstellung des Kalifats“](#) auf den von ihm in Syrien und dem Irak kontrollierten Gebieten. [20 000 bis zu 31 500](#) Kämpfer sollen in seinen Reihen stehen (zum Vergleich: [Deutschland verfügt über 182 704 aktive Soldaten](#)) und konnten sich trotz monatelanger Luftangriffe bis heute behaupten – [„it will take time to eradicate a cancer like ISIL \[IS/ISIS\]“](#) hatte US-Präsident Barack Obama schon im [September 2014 betont](#).

ISIS/IS fordert unser Denken über Staatlichkeit und Völkerrechtspersönlichkeit in vielerlei Hinsicht heraus. Zum einen geht es hier um mehr als die Kontrolle der Staatsgewalt in einem bestehenden Staat oder die Abspaltung eines Gebiets zwecks Gründung eines neuen Staats. Vielmehr möchte eine terroristische Gruppe von wohl [noch nie dagewesener Stärke](#) eine ganze Region unter ihre Kontrolle bringen. Zum anderen zeigt sich, dass effektive Staatlichkeit nicht automatisch an die auf Staaten anwendbaren Rechte und Pflichten geknüpft werden kann.

Ex factis ius non oritur?

Gerade bei derartigen Extrembeispielen stößt die streng-rechtspositivistische Auffassung vom Staat als Faktum an seine Grenzen. Es lässt sich schließlich durchaus argumentieren, dass IS/ISIS die drei klassischen Staatselemente – Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt – erfüllt. IS/ISIS [operiert unabhängig](#)

[von anderen Staaten](#), hat [im Inneren das Gewaltmonopol inne](#) und könnte in den kontrollierten Gebieten durchaus den Rückhalt eines signifikanten Bevölkerungsanteils genießen, der sich so gesehen als Staatsvolk bezeichnen lässt. Allenfalls ließe sich behaupten, dass es ISIS/IS – als Teilaspekt des Vorliegens einer Staatsgewalt – an Dauerhaftigkeit fehlt. Die Bedeutung dieses Kriteriums lässt sich unterschiedlich beurteilen. Zum einen kann man es als bloßen Indikator für das Vorliegen effektiver Staatsgewalt ansehen. Zum anderen ist Dauerhaftigkeit gerade dann entscheidend, wenn die Interessen anderer Staaten (also vornehmlich Syriens und des Irak) unmittelbar betroffen sind.

Doch selbst wenn man der Dauerhaftigkeit eine derartige Bedeutung beimisst, würde das letztlich nur bedeuten, dass ISIS/IS jedenfalls nach Ablauf eines gewissen Zeitraums (wobei unklar ist, wie lange dieser zu sein hat) als Staat zu bezeichnen wäre. Die innere Verfasstheit, die Einhaltung der Menschenrechte oder die gezielten Tötungen von Minderheiten spielen aus Sicht der deklarativen Theorie ebenso keine Rolle wie die daraus folgende Verweigerung jedweder Anerkennung. Höchstens würde man aufgrund dieser Isolation lediglich von einem *de-facto*-Regime sprechen, das nichts desto trotz Anspruch auf den Schutz des Gewaltverbots hat (zumindest sobald ISIS/IS seine militärischen Ambitionen einstellen würde) und dessen Gebiet nicht als *terra nullius* angeeignet werden kann.

Zur Bedeutung der Anerkennung

Mitunter ließe sich aus dieser Perspektive einwenden, dass die faktische Entstehung eines Staats zumindest im Zuge bewaffneter Konflikte im Hinblick auf die Wahrung der Rechte der betroffenen Staaten nicht notwendigerweise an die Erlangung von Rechten und Pflichten gekoppelt ist. So darf eine bewaffnete Gruppe mit effektiver Kontrolle über ein Staatsgebiet aufgrund des Interventionsverbots so lange nicht als Staat anerkannt beziehungsweise auf dieser Grundlage unterstützt werden, wie eine Rückeroberung durch den betroffenen Staat nicht ausgeschlossen werden kann.

Damit verschwimmt jedoch die Grenze zur konstitutiven Theorie, da ein streng-deklarativer Zugang eine derartige Vorgehensweise doch zumindest dann erlauben würde, wenn der durch die bewaffnete Gruppe kontrollierte Teil Opfer eines bewaffneten Angriffs wird. Bei näherer Betrachtung bestätigt sich alleine deswegen zum wiederholten Male die alte Erkenntnis, dass keine der beiden Theorien die Frage nach einem zufriedenstellenden Staatsbegriff hinlänglich zu beantworten vermag.

Ein qualifizierter Staatsbegriff?

Ein Ausweg aus der leidigen Debatte zwischen konstitutiver und deklarativer Theorie besteht freilich in der Festlegung eines qualifizierten Staatsbegriffs, der gewisse Mindeststandards hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte im Inneren und ein friedvolles Verhalten nach außen verlangt. Jedenfalls bei klar gelagerten Fällen wie ISIS/IS wäre es dabei auch irrelevant, ob man hinsichtlich der inneren Dimension von Souveränität an neuere Konzepte wie die im Prinzip der Schutzverantwortung ausformulierten Verhaltenspflichten oder an den in letzter Zeit

teilweise wieder verstärkt ins Feld geführten Mindestgrad an Zivilisation anknüpfen würde. Ein ungleich schwerwiegenderes Problem bestünde vielmehr darin, damit bei neu entstehenden Staaten einmal mehr einen wesentlich höheren Standard anzulegen als bei bestehenden. Konsequenterweise müsste man aus Sicht eines qualifizierten Staatsbegriffs auch bestehenden Unrechtsregimen ihre Staatlichkeit absprechen. Die berühmte, von Augustinus stammende Feststellung, dass ein Staat ohne Recht und Gerechtigkeit nichts anderes ist als eine große Räuberbande gilt für alle Staaten – egal, ob alt oder neu.

Conclusio

Gebilde wie IS/ISIS stellen auch unser Denken über Völkerrechtssubjektivität in Frage: eine von außen betrachtet die drei traditionellen Kriterien der Staatlichkeit durchaus erfüllende extremistische Gruppierung, deren militärische Aktivitäten über das Gebiet eines einzelnen Staates hinausgehen. Diese Erfolge zeigen uns einmal mehr auf, dass unser Denken über Staatlichkeit eine kontinuierliche Anpassung an neue Entwicklungen verlangt und über das Abstellen auf Effektivität hinausgehen muss. Will das Recht nicht in den Verruf falsch verstandener Objektivität geraten, darf auch vor der Notwendigkeit gewisser Mindeststandards nicht zurückgeschreckt werden. Ihre konkrete Ausformulierung steht freilich ebenso auf einem anderen Blatt wie die daraus folgende Notwendigkeit, auch die Staatseigenschaft lange bestehender Unrechtsregime grundsätzlich zu hinterfragen.

